

**15725/AB**  
Bundesministerium vom 20.11.2023 zu 16266/J (XXVII. GP)  
**bmf.gv.at**  
Finanzen

Dr. Magnus Brunner, LL.M.  
Bundesminister für Finanzen

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Johannesgasse 5, 1010 Wien

---

Geschäftszahl: 2023-0.679.943

Wien, 20. November 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 16266/J vom 20. September 2023 der Abgeordneten Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen beehere ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Die Taskforce Bargeld wurde am 18. August 2023 erstmals einberufen.

Zu 2.:

Derzeit bestehen Herausforderungen wie die Diskussion um die Einführung des digitalen Euros, welche Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung auslösen. Der digitale Euro darf nur eine Ergänzung zum Bargeld und den bisherigen Zahlungsalternativen sein und die Einführung des digitalen Euros keine Einschränkung der Verwendung des Bargeldes mit sich bringt. Das BMF bringt sich hier in die europäische Diskussion ein.

Was die Zahl der Geldausgabeautomaten und den Zugang zu Bargeld betrifft, so ist Österreich laut einer Studie der Österreichischen Nationalbank (OeNB) (<https://www.oenb.at/Presse/thema-im-fokus/2022/bargeldversorgung-durch->

geldausgabeautomaten-weiterhin-gut.html) im internationalen Vergleich sehr gut ausgestattet, denn 97 % der österreichischen Bevölkerung sind innerhalb eines Radius von fünf Kilometern zu einem Bankomaten wohnhaft. Dennoch gibt es in manchen Bereichen den nachvollziehbaren Wunsch nach Verbesserungen. Die Situation der Versorgung soll jedenfalls von der OeNB laufend überwacht werden.

Zu 3. bis 5.:

Die Verordnung betreffend Euro-Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel wird derzeit auf europäischer Ebene verhandelt. Der Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission beinhaltet u.a. eine Bargeldannahmepflicht und eine Definition des Euro-Bargeldes als gesetzliches Zahlungsmittel.

Im Bereich der Absicherung des Bargelds als Zahlungsmittel findet derzeit eine enge Abstimmung mit der EU-Ebene statt, da die in Brüssel diskutierten Themenkomplexe Bargelobergrenze, Annahmeverpflichtung von Bargeld und digitaler Euro eng miteinander verbunden sind. Das Bundesministerium für Finanzen bringt sich aktiv in die laufenden Verhandlungen auf EU-Ebene ein. Derzeit wird gemeinsam mit den Expertinnen und Experten die Entwicklung auf EU-Ebene verfolgt, da angesichts der Debatte um die Einführung des digitalen Euros Verschärfungen bei der Bargeld-Annahme in Diskussion stehen, die dafür sorgen könnten, dass das Bargeld eine stärkere Absicherung als Zahlungsmittel erhält, oder eben je nach Entwicklung beim digitalen Euro weitere nationale Schritte erfordern.

Der Bundesminister:

Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Elektronisch gefertigt